

Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags

7. Juli 2017, Würzburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn Sie bei Google den Begriff „Inklusion“ eingeben, können Sie auf fünf Millionen Seiten zugreifen.

Am häufigsten finden sie die Themenfelder Schule, Arbeit, Wohnen und Mobilität.

Diese „Großbaustellen“ der Inklusion, die auch uns Bezirke seit Jahren beschäftigen, versperren freilich oft den Blick auf andere, nicht minder wichtige Aspekte der Inklusion, darauf wie facettenreich und komplex sie ist.

Wer das Programm unserer Vollversammlung gelesen hat, hat sicher festgestellt, dass es uns heute um einige dieser anderen Aspekte geht, um Fragen der Partnerschaft und Liebe, um die Offene Behindertenarbeit oder die Tätigkeit der EX-IN-Genesungsbegleiter in der Psychiatrie. Darum auch, dass die Barrierefreiheit nicht bei der Mobilität endet, sondern in gleichem Maß auch die Kommunikation, das Verstehen und Verstanden-Werden, erfasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist für mich unstrittig: Die Herkules-Aufgabe, die der Aufbau einer inklusiven Gesellschaft bedeutet, kann nie allein von einer gesellschaftlichen Gruppierung, allein von einer staatlichen oder kommunalen Institution gestemmt werden.

Beispiele gelungener Inklusion gibt es vielmehr immer dort, wo unterschiedliche Partner auf kreative Weise zu einander gefunden und gemeinsam fachliche Lösungen und Finanzierungskonzepte erarbeitet haben. Inklusionsprojekte misslingen auf der anderen Seite immer dann, wenn ein Gerangel über Zuständigkeiten dominiert und der „Schwarze Peter“ zwischen denen, die eigentlich gemeinsam in der Pflicht wären, hin und her geschoben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir die Behindertenhilfe der vergangenen Jahrzehnte überblicken, stellen wir fest, dass es allen Akteuren ein Anliegen war, Menschen mit und ohne Behinderung zueinander zu bringen.

Meist ging es dabei jedoch um Integration: Menschen mit Behinderungen wurden als „Minderheit“ in die Gesellschaft hineingenommen. Nicht die Gesellschaft musste sich dabei verändern, sondern die Minderheit sollte sich anpassen.

Die Inklusion will nun das genaue Gegenteil: Sie fordert eine Gesellschaft, die von Anfang an niemanden ausgrenzt, die sich vielmehr so ausgestaltet, dass alle Menschen, unabhängig von ihren persönlichen Merkmalen, gleichberechtigt Teil des Ganzen sein können, dass jedem Teilhabe möglich ist.

Wir sind seit dem Inkrafttreten der UN-Behindertenrechts-Konvention im Jahr 2009 aktiv dabei, diese inklusive Gesellschaft aufzubauen. Viel wurde schon erreicht. Fakt ist freilich auch, dass sich Menschen mit Behinderung häufig immer noch in einer „Parallelwelt“ befinden, gut gefördert, aber unter sich, in bestens ausgebauten Sondereinrichtungen, in Förderkindergärten, Förderschulen, Behinderten-Werkstätten, die häufig auf dem gleichen Gelände wie die Wohneinrichtungen liegen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde:

Die Spezial-Einrichtungen und die Spezial-Angebote für Menschen mit Behinderung sind aus meiner Sicht effektiv und hochwertig. Viele Menschen mit Behinderung wollen dort leben. Sie wollen auf den engen Kontakt zu ihrer peer-group, also zu Menschen, die so „sind“ wie sie selber, nicht verzichten.

Dies ist gut und richtig so. Auch Menschen mit Behinderung müssen ein Wunsch- und Wahlrecht haben bezüglich ihres Lebensmittelpunktes und der Gestaltung ihrer Freizeit.

Wir brauchen also differenzierte Angebotsstrukturen. Es wäre aus meiner Sicht fatal, wenn wir uns von Spezial-Einrichtungen und Spezial-Angeboten verabschieden würden. Diese müssen sich aber auf den Prüfstand stellen lassen und sich ggf. im Sinne der Inklusion verändern.

Wenn nun eine Gesellschaft entstehen soll, in der Menschen mit Behinderungen von Anfang an dazu gehören und Teil des Ganzen sind, dann ist es an erster Stelle notwendig, dass wir Menschen mit Behinderungen trotz ihres Anders-Seins in unsere Mitte aufnehmen, mit Toleranz, Verständnis und Offenheit, mit Neugier und Gelassenheit. Mit Mut und der Bereitschaft, etwas „auszuhalten“. Denn ohne Zweifel ist der Kontakt mit Menschen mit Behinderungen eine Bereicherung, aber er kann auch eine Herausforderung sein.

Wenn die Grundgedanken zur Inklusion in unseren Köpfen angekommen sind, wenn wir die Theorie verstanden haben, dann muss sie nun also in unsere Herzen gelangen, dort, wo Mit-Gefühle, Toleranz und Verständnis ihren Sitz haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Inklusion ist aus meiner Sicht damit nicht nur eine Frage des Geldes. Doch machen wir uns hier nichts vor, ohne Geld wird der Aufbau einer inklusiven Gesellschaft, nicht zu schultern sein.

Wenn sich, um nur ein beliebig gegriffenes Beispiel zu nennen, Volkshochschulen ihre Angebote für Menschen mit Behinderungen öffnen, dann ist dies ein erster Schritt, der rundum zu begrüßen ist.

Doch die inhaltlichen und konzeptionellen Fragen, die immer finanzielle Dimensionen haben, beginnen erst jetzt:

Wie können Menschen mit Behinderung zur Volkshochschule gelangen?

Wer finanziert ggf. den Fahrdienst?

Wer berät die Volkshochschule und die neuen Klienten bei der Programmauswahl?

Wer vermittelt zwischen den Dozenten, den angestammten Kursteilnehmern und den neu hinzu kommenden Menschen mit ihren besonderen Bedürfnissen?

Wer schult Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Volkshochschulen im Umgang mit Menschen mit Behinderung?

Was ich für die Volkshochschulen gesagt habe, gilt in gleicher Weise für Sportvereine, Musikschulen, Theatergruppen oder Chöre, also alle, die im Kultur- und Bildungsbereich Angebote vorlegen. Wir brauchen also auch neue Konzepte, intensives partnerschaftliches Zusammenarbeiten und neue Finanzmittel.

Erlauben Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch auf einen abschließenden Aspekt hinzuweisen, der mir wichtig ist.

Aktuelle Studien des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld haben ein sehr erfreuliches Ergebnis dokumentiert: Nur zwei Prozent der befragten Personen in Deutschland haben derzeit Vorurteile oder Ressentiments gegenüber Menschen mit Behinderungen.

Die Wissenschaftler haben aber auch dargelegt, dass andere Minderheitengruppen in Deutschland massive Probleme haben: Rund 50 Prozent der Befragten haben beispielsweise Vorurteile gegenüber Langzeit-Arbeitslosen oder Flüchtlingen. Und es gibt eine zunehmend größer werdende Zahl von Menschen, deren Vorurteile und Ressentiments breit gestreut sind und die sich offen dazu bekennen.

Wenn diesem Gedankengut von der Mehrheitsgesellschaft nicht entschieden die Stirn geboten wird, kann es wieder en vogue werden, nicht nur öffentlich gegen Flüchtlinge und Migranten zu hetzen, sondern auch gegen alte Menschen, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass eine inklusive Gesellschaft nur in einem Umfeld entstehen kann, das sich durch Mitmenschlichkeit, durch Caritas, auszeichnet.

Inklusion erfordert damit immer eine klare Haltung, ein deutliches Bekenntnis zu Werten des Zusammenlebens. Und sie erfordert ein Ächten jeder gruppenbezogenen Menschenverachtung, egal, gegen wen sie sich richtet. Nur in diesem Klima kann Inklusion, kann der Aufbau einer inklusiven Gesellschaft gelingen.